


Konzept Nr. 5

**VERBRAUCHER-
SCHUTZ:** 
**UNSER
GUTES RECHT**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



1 **Verbraucherschutz - unser gutes Recht**

2

3 Ein starker Verbraucherschutz ist ein Schwerpunkt Grüner Politik. Wir fordern seit vielen Jahren
4 in allen Bereichen des Verbraucherschutzes Verbesserungen ein. Denn das Vertrauen der Men-
5 schen in die Industrie ist erschüttert: Immer wieder beherrschen Lebensmittelskandale die
6 Schlagzeilen. Regelmäßig ergeben Tests, dass von normalen Gebrauchsgegenständen oder
7 Spielzeug Gefahren ausgehen. Und im Internet werden Menschen nach wie vor über den Tisch
8 gezogen. Ein starker Verbraucherschutz kann das alles verhindern.

9 Ganz oben steht für uns der gesundheitliche Verbraucherschutz. Er liegt in der Verantwortung
10 der bayerischen Behörden. Ihn wollen wir stärken und effektiv ausbauen, denn gerade hier gab
11 es in den letzten Jahren die größten Probleme. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen si-
12 chere und gesunde Lebensmittel kaufen können und keine Sorge haben müssen, dass sie sich
13 durch Salmonellen, Listerien oder Pestizide in ihrem Essen oder Weichmachern im Spielzeug
14 gesundheitlichen Gefahren aussetzen.

15 Unsere Konsumwelt verändert sich mit hoher Geschwindigkeit – auf allen Ebenen und mit er-
16 heblichen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Neue Produkte und neue Kommunikationsmög-
17 lichkeiten mit großen Innovationspotenzialen verändern unser Leben viel schneller und stär-
18 ker als erwartet. Neue Dienstleistungen, die Liberalisierung verschiedener Märkte, wie im Be-
19 reich Telekommunikation, Gesundheits- und Altersvorsorge sowie die Vielzahl an verfügbaren
20 Informationen stellen hohe Anforderungen an Verbraucherinnen und Verbraucher, als auch an
21 eine moderne Verbraucherpolitik.

22 Deshalb sind ein starker, staatlich unterstützter Verbraucherschutz und eindeutige, gesetzliche
23 Regelungen wichtige Bausteine zum Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Gefährdungen
24 und wirtschaftlichen Nachteilen.

25 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber den wirt-
26 schaftlichen Interessen von Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen, Versicherungen, Ban-
27 ken, Teleanbietern, Energiewirtschaft und Autokonzernen.

28 Für einen wirklich umfassenden Verbraucherschutz ist es notwendig, dass Regelungen, Ge-
29 setze und EU-Vorgaben konsequent umgesetzt werden. Wo Gesetze noch Lücken haben, wol-
30 len wir diese füllen. Wir wollen, dass auf allen Ebenen der Produktion alle gesetzlichen Vorga-
31 ben eingehalten werden und dies auch konsequent kontrolliert wird.

32 Verbraucherschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von der ersten
33 Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als Grüne schützen wir Ver-
34 braucher*innen vor Täuschung, Vertrags-Tricksereien und Missbrauch von Daten. Wir kämpfen

35 für eine Stärkung der Verbraucherrechte, für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und
36 faire Klagerechte.

37 Grüne Verbraucherpolitik will die Rahmenbedingungen schaffen und so ändern, dass die Ver-
38 braucher*innen auf Augenhöhe mit Unternehmen selbstbestimmt und unabhängig am Markt-
39 geschehen teilnehmen können und eine echte Wahlfreiheit in ihren Konsumententscheidungen
40 haben.

41

42 **Stiefkind Verbraucherschutz**

43 In Deutschland gibt es kein „Verbraucherschutzgesetz“; es gibt aber sehr viele Rechtsvorschrif-
44 ten auf EU- und nationaler Ebene, mit denen einzelne Zielsetzungen des Verbraucherschutzes
45 geregelt werden.

46 Die EU gibt die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Verbraucherschutz in Europa vor.
47 Die Mitgliedsländer, also auch Deutschland, müssen diese Vorgaben dann in nationales Recht
48 umsetzen. Einige Bereiche fallen in die Kompetenz der Bundesregierung, wie der Schutz vor
49 Täuschung und Irreführung, andere Bereiche fallen in die Kompetenz der Länder und somit in
50 die Kompetenz des Freistaates Bayern. Hierzu zählen vor allem die Überwachung der Lebens-
51 mittel- und Futtermittelwirtschaft und die Kontrolle von Gebrauchsgegenständen wie Spiel-
52 zeug und Kosmetika. Hier wollen wir deutliche Verbesserungen umsetzen.

53 In den letzten Jahren haben in Bayern etliche Skandale, vor allem im Lebensmittelbereich die
54 Schlagzeilen beherrscht: Salmonellen bei Bayern-Ei, Listerien im Wammerl, oder die BSE-
55 Krise, dazu kamen „Ekelrunde“ in Großbäckereien oder der Gammelfleisch-Skandal.

56 Diese Skandale zeigen deutlich, dass die CSU Staatsregierung in puncto Verbraucher-
57 schutz ihrer politischen Verantwortung nicht nachgekommen ist und ihre Hausaufgaben nicht
58 ordentlich gemacht hat. Sie war bisher nicht in der Lage, ein schlagkräftiges System in der Le-
59 bensmittelüberwachung aufzubauen. Hier mangelt es insbesondere an einer klugen Organisa-
60 tion und dem Zusammenspiel der beteiligten Behörden sowie an der Anzahl und Häufigkeit
61 der Kontrollen. Verstöße, die bei diesen Kontrollen festgestellt werden, ziehen in den wenig-
62 sten Fällen die richtigen Konsequenzen nach sich.

63 Weiterhin hat die CSU Staatsregierung bisher keinerlei Anstrengungen unternommen
64 oder Initiativen auf Bundesebene ergriffen, damit z.B. Mikroplastik in Kosmetikprodukten oder
65 Bisphenol A in Kinderspielzeug verboten wird. Bezeichnend ist auch der Eiertanz, wenn es um
66 den Einsatz von Glyphosat und anderen Pflanzengiften geht.

67 Verbraucherschutz beginnt bereits beim Anbau unserer Lebensmittel ohne Pflanzengifte. Den
68 Landwirt*innen wird zwar empfohlen, weniger Pestizide auszubringen, aber nur auf die Frei-
69 willigkeit zu setzen ist nicht der richtige Weg. Eine Verpflichtung zur Reduzierung der Pestizid-
70 menge oder gar ein Verwendungsverbot gibt es nicht.

71 Für gesunde Lebensmittel, zum Schutz unseres Trinkwassers und unserer Umwelt müssen wir
72 insbesondere den Einsatz von Pflanzengiften begrenzen und Gifte wie Glyphosat oder Neoni-
73 kotinoide verbieten.

74

75 **Grüne Vorschläge für eine umfassende Verbraucherschutzpolitik**

76 **Kinder brauchen unseren besonderen Schutz**

77 Viele der speziell mit Werbung für Kinder beworbenen Lebensmittel wie Frühstücksflocken,
78 Softdrinks und Süßwaren sind häufig weder gesund noch notwendig für eine gute Ernährung,
79 oft sogar ungesund. Wir wollen ein Verbot von solcher Werbung, nachdem alle freiwilligen Zu-
80 sagen der Lebensmittelindustrie nicht gegriffen haben.

81 Wir wollen unsere Kinder vor ungesunden Lebensmitteln schützen und ihnen dabei helfen,
82 sich gesund zu ernähren. Zum Schutz unserer Kinder wie der Eltern gehört auch, dass die Ver-
83 packung nicht vorspiegeln darf, dass diese Lebensmittel besonders gesund seien. Kinder sollen
84 auch nicht verführt werden durch Beigaben wie Comics, beliebte Zeichentrickfiguren oder
85 Spielzeug.

86 **Sicheres Spielzeug für unsere Kinder**

87 Immer wieder werden Spielzeuge wegen hoher Schadstoffbelastungen, wegen Materialfehlern
88 oder weil sie für Kinder gefährlich werden können, beanstandet. Bei der Novellierung der EU-
89 Spielzeugrichtlinie wurden zwar Verbesserungen wie z.B. die Absenkung der Grenzwerte für
90 Blei erreicht. Das ist aber nicht genug. Die Rückrufrate bei Produkten für Kinder liegt immer
91 noch bei gut 27%.

92 Spielzeuge müssen in Bayern öfter und umfassender kontrolliert und die Ergebnisse schneller
93 der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Zudem muss sich die Bayerische Staatsregierung auf
94 Bundes- und EU-Ebene für eine verbindliche und deutliche Kennzeichnung von Spielzeug ein-
95 setzen. Aktuell gibt es auf Spielzeugen verschiedenste Siegel. Was welches Siegel über die Si-
96 cherheit des Spielzeugs aussagt, ist oft nicht erkennbar. Teilweise suggerieren einige „Siegel“
97 sogar Sicherheit, ohne dass hierfür je ein Nachweis erbracht wurde. Deshalb muss es ein staat-
98 lich garantiertes Sicherheitssiegel geben, das eine betriebsunabhängige Kontrolle zur Pflicht
99 macht.

100 Wir wollen, dass Eltern auf einen Blick erkennen können, ob das Produkt sicher und giftfrei ist
101 und die Gesundheit der Kinder nicht beeinträchtigt.

102

103 **Gesundheitlicher Verbraucherschutz**

104 Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist eine wichtige und zentrale Aufgabe, die der Staat
105 wahrnehmen muss. Gesundheitlicher Verbraucherschutz umfasst u.a. die Kontrolle von Sicher-
106 heit und Qualität von Lebensmitteln oder den Einsatz von Antibiotika.

107 **Mehr Transparenz und mehr Unabhängigkeit bei der Lebensmittelkontrolle**

108 Obwohl die CSU Staatsregierung nach diversen Skandalen in der Lebensmittelindustrie
109 bereits vor über 10 Jahren Verbesserungen in der Lebensmittelüberwachung angekündigt hat,
110 gibt es in Bayern im derzeit bestehenden System erhebliche Mängel. Wir Grüne setzen uns da-
111 für ein, dass dieses System effektiver gestaltet wird, dass die Organisationsstrukturen im Land
112 und die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und europäischen Institutionen optimiert werden.
113 Die staatlichen Kontrollen müssen verstärkt werden, und bei Verstößen müssen die Sanktio-
114 nen so empfindlich sein, dass Gesetze und Vorschriften eingehalten werden. Dabei muss da-
115 rauf geachtet werden, dass die Gebühren und Kontrollen so gestaltet werden, dass sie nicht zu
116 einer zusätzlichen Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelbetriebe
117 führen.

Forderungen für die Lebensmittelkontrolle:

- **Ausreichend Personal und bestens geschultes Kontrollpersonal**
- **Beste und modernste Ausrüstung.**
- **Optimierung des Managementsystems und Verbesserung der Audits**
- **Konsequente behördliche Überprüfung der Eigenkontrollen der Betriebe**
- **Verpflichtung der Labore, Verdachtsfälle umgehend an die zuständigen Behörden zu melden**
- **Sicherstellung ausreichender Laborkapazitäten**
- **Konsequente Rotation der Kontrolleure**
- **Vermeidung von Interessenskonflikten durch sinnvolle Kompetenzzuordnung**
- **höhere Kontrollfrequenz unangemeldeter Kontrollen**
- **wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung der Gesetze und Vorschriften**
- **Identifizierung von Risikobetrieben nach feststehenden Kriterien und Zusammenführung in einer regelmäßig zu aktualisierenden Datenbank**
- **Verbesserung des Informationsflusses zwischen den einzelnen Ebenen, vor allem durch einheitliche und einfach zu handhabende Datenbanken**

118

119 **Antibiotikaeinsatz minimieren - Reserveantibiotika nur in der Humanmedizin**

120 In der industriellen Tierhaltung werden massiv Medikamente und Antibiotika eingesetzt, die
121 wiederum die menschliche Gesundheit schädigen können. Insbesondere der intensive Einsatz
122 von Antibiotika in der industriellen Nutztierhaltung ist fragwürdig und begünstigt die Ausbrei-
123 tung von resistenten Keimen/Bakterien, die ihre gefährliche und ggf. tödliche Wirkung beson-
124 ders auch in Krankenhäusern entfalten.

125 Rückstände von Antibiotika und anderen Medikamenten finden sich immer häufiger in unseren
126 Lebensmitteln. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

127 Bakterien, die gegen Standardantibiotika bereits immun sind, können nur noch mit Reservean-
128 tibiotika bekämpft werden. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass der Einsatz von Antibio-
129 tika in der Tierhaltung eingeschränkt und der Einsatz von Reserveantibiotika in der Tierhal-
130 tung generell verboten wird.

131 **Intakte Umwelt und sauberes Wasser**

132 Ziel des Verbraucherschutzes ist es, eine intakte Umwelt zu erhalten, keine Gifte einzusetzen
133 und Lebensmittel so schonend wie möglich zu produzieren. Dies gilt für alle Pflanzen, die auf
134 dem Acker für die menschliche Ernährung angebaut werden. Deshalb setzen wir GRÜNE uns
135 für eine giftfreie Landwirtschaft ein. Deshalb lehnen wir auch die Gentechnik ab, deren Folgen
136 für die Umwelt, aber auch für die menschliche Gesundheit unabsehbar sind.

137 **Unser Trinkwasser sauber halten**

138 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvor-
139 sorge. Deshalb hat der Schutz unseres Wassers für uns höchste Priorität. Grundwasser, aber
140 auch Oberflächenwasser sind die Quellen unseres Trinkwassers. Deshalb müssen diese frei
141 sein von Mikroplastik, Glyphosat, Pestiziden, Nitrat und anderen Giftstoffen. Wir wollen bessere
142 und mehr Kontrollen und dort, wo es Probleme gibt, sofortige Maßnahmen, um unser Wasser
143 sauber zu erhalten. Das ist nicht nur gut für die Menschen, sondern auch für die Natur. Dafür
144 muss in allen Bereichen, vor allem aber in der Landwirtschaft, gehandelt werden. Die Wasser-
145 versorgung muss in kommunaler Hand bleiben und darf nicht zum Spekulationsobjekt von
146 Konzernen werden.

147 **Mikroplastik drastisch reduzieren**

148 Mikroplastik ist allgegenwärtig und ein ungelöstes Problem, das mit jedem Tag größer wird. Es
149 entsteht beim Zerfall von Plastik, beim Abrieb von Autoreifen oder wird absichtlich verschiede-
150 nen Produkten beigemischt. Unsere Flüsse und Seen sind voll davon – damit gelangt es auch
151 ins Trinkwasser. Über die Nahrung kommt es wieder zu uns zurück. Wir wollen ein Verbot von

152 Mikroplastik in Kosmetik und anderen Produkten und wir wollen den Plastikverbrauch insge-
153 samt drastisch reduzieren.

154 **Glyphosat verbieten**

155 Glyphosat ist ein Totalherbizid, also ein Allesvernichter, der jedem grünen Kraut den Garaus
156 macht. Auf fast der Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland wird dieses Gift
157 verwendet. So etwas wollen wir nicht auf unseren Äckern, nicht in unserer Natur, nicht in un-
158 serem Essen und nicht in unserem Bier. Überall dort aber findet sich bereits Glyphosat. Sogar
159 im menschlichen Körper wurde dieser Stoff bereits nachgewiesen. Viele Studien belegen die
160 schädliche Wirkung auf die Artenvielfalt und sie zeigen auch, dass es für Menschen gefährlich
161 sein kann. Ein Pestizid, das alle Pflanzen tötet, brauchen wir nicht. Wir fordern ein Verbot von
162 Glyphosat und die Förderung von Alternativen wie mechanische Bodenbearbeitung.

163 Gentechnisch veränderte Pflanzen sind meist gegen Glyphosat unempfindlich. Wir lehnen den
164 Einsatz von Gentechnik auf dem Acker ab, weil sie unkalkulierbare Risiken beinhaltet und den
165 Einsatz von Totalherbiziden noch verstärken würde.

166

167 **Klare und sinnvolle Kennzeichnung von Produkten**

168 Wir GRÜNE fordern eine Kennzeichnungspflicht für alle Produkte, deren Inhaltsstoffe Auswir-
169 kungen auf die Gesundheit haben können. Die Verbraucher*innen haben das Recht zu wissen,
170 wie beispielsweise das Lebensmittel oder das Kosmetikprodukt hergestellt wurde.

171 Die Kennzeichnung muss so gestaltet sein, dass sie für Alle verständlich ist. Das bedeutet, dass
172 die Schriftgröße gut lesbar ist und auf unverständliche Abkürzungen, Fremdwörter und Ver-
173 klausulierungen verzichtet wird. Wer ein Produkt kauft und damit dem produzierenden Unter-
174 nehmen einen Gewinn verschafft, hat das Recht, hundertprozentig und verständlich zu wissen,
175 was er kauft.

176 **Milch und Fleisch kennzeichnen**

177 Damit Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden können, müssen sämtliche Le-
178 bensmittel aus tierischer Produktion gekennzeichnet werden. Wir fordern eine klare und einfa-
179 che Kennzeichnung nach Art der Tierhaltung bei allen tierischen Produkten wie bei Eiern (Kein
180 Ei mit der 3!). Die 0 steht hier für ökologische Haltung, 1 und 2 stehen für Zwischenschritte
181 mit mehr Platz, mehr Auslauf und mehr Beschäftigungsmaterial

182 Auch bei verarbeiteten Lebensmitteln soll die Packung besagen, was in ihr steckt. Künftig
183 muss daher auf der Packung gut sichtbar sein, wo und wie die Tiere gehalten wurden – das
184 gilt für Eier, Milch und Fleisch. Es muss außerdem gekennzeichnet werden, ob Tiere gentech-
185 nikkfrei gefüttert wurden und ob Produkte gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten.

186 **Weniger ist oft mehr - Siegeldschungel beenden**

187 Für Kleidung, Lebensmittel und viele andere Produkte existiert derzeit ein undurchsichtiger
188 Siegel-Dschungel. Zwischen nichtssagender Industrierwerbung und einem kontrollierten Quali-
189 tätssiegel lässt sich schwer unterscheiden. Oft ist detektivischer Spürsinn erforderlich, um her-
190 auszufinden, wo und wie etwas produziert wurde. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer
191 Branchen.

192 Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir GRÜNE uns für Min-
193 destanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien für beispielsweise „fair“
194 oder „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass einheitliche Siegel für die jeweilige
195 Produktgruppe echte Orientierung geben. Staatliche Siegel sind objektiv, da sie unabhängig
196 von den Gewinninteressen der Industrie und des Handels vergeben werden.

197

198 **Technischer Verbraucherschutz**

199 Wir werden uns als Land auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das Vorsorge-
200 prinzip auch bei der Zulassung neuer Technologien, z.B. bei elektrischen Geräten, angewandt
201 wird. Wichtig ist es, die Folgewirkungen neuer Technologien von Anfang zu bewerten und aus-
202 zuschließen.

203 Wir wollen die Unternehmen dazu bewegen, zugunsten von Verbraucherinnen und Verbrau-
204 chern zur nachhaltigen Lebensdauer von Produkten zurückzukehren. In Zukunft müssen Pro-
205 dukte so gebaut sein, dass Akkus und Batterien sich austauschen lassen und einfach zu repa-
206 rieren sind, anstatt weggeworfen zu werden. Die Müllberge aus Elektronikschrott dürfen nicht
207 weiter wachsen und technologischer Fortschritt darf nicht zum ökologischen und verbraucher-
208 politischen Rückschritt werden.

209 **Wirtschaftlicher Verbraucherschutz**

210 Wir wollen den wirtschaftlichen Verbraucherschutz stärken und dafür sorgen, dass Verbrau-
211 cher*innen beim Abschluss von Verträgen nicht über den Tisch gezogen werden. Deshalb wer-
212 den wir uns auf Europa-, Bundes- und Landesebene aktiv für die Belange der Verbraucher*in-
213 nen im Bereich der Altersvorsorge, der Versicherungswirtschaft, der Energieversorgung, der Fi-
214 nanzmärkte und anderen Dienstleistungen, wie Telefonverträgen, einsetzen.

215 Wir wollen die Möglichkeit von Sammelklagen für geschädigte Verbraucher*innen gegen den
216 verursachenden Konzern endlich einführen. Diese so genannte Musterfeststellungsklage kann
217 von Verbraucherverbänden gegen ein Unternehmen erhoben werden, wenn mehrere Verbrau-
218 cher gleichzeitig und in der gleichen Angelegenheit von diesem geschädigt wurden (z.B. VW-
219 Abgasskandal), sich aber individuelle Klagen auf Schadenersatz gegen einen finanzstarken und
220 von teuren Anwälten vertretenen Konzern finanziell und zeitlich nicht leisten können oder
221 wollen.

Forderungen:

- **Eindeutige und für alle verständliche Formulierungen in Verträgen und AGBs**
- **Verzicht auf leicht zu übersehendes „Kleingedrucktes“**
- **Sammelklagen ermöglichen**

222 **Digitaler Verbraucherschutz**

223 Auch wer im Internet unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und Missbrauch
224 persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kund*innenprofile dürfen nur im vorher
225 definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach fairen Regeln verwendet
226 werden.

227 Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl haben, auch ohne massenhafte Speicherung
228 und Verarbeitung von persönlichen Daten, online und offline einzukaufen und Dienstleistun-
229 gen in Anspruch nehmen zu können und auf dem digitalen Markt mindestens den gleichen
230 Schutz und die gleiche Transparenz wie bei herkömmlichen „analogen“ Geschäften zu bekom-
231 men.

232 Mit der EU-Datenschutzverordnung, die ab April 2018 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt wer-
233 den muss, werden diese Prinzipien endlich in eine einheitliche Rechtsgrundlage für den ge-
234 samten EU-Binnenraum umgesetzt. Wir werden darauf drängen, dass bei der Anpassung der
235 deutschen Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform die hohen EU-Standards für klare
236 Grenzen von Sammlung und Verwertung persönlicher Daten und Informationen nicht aufge-
237 weicht werden und die bayerischen Datenschutzbehörden finanziell und personell so ausge-
238 stattet werden, dass sie ihrer Prüf- und Aufsichtspflicht auch tatsächlich nachkommen können.
239 Wir wollen die Online-Schlichtung als Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Streitbeile-
240 gung zwischen Verbraucher*innen und Unternehmen stärken.

241 **Datenschutz ausweiten – Privatsphäre wahren**

242 Datenhungrige Unternehmen speichern das individuelle Verhalten ihrer Kund*innen und nut-
243 zen diese Daten zur Profilerstellung. Die bestehenden Schutzmechanismen wie das Prinzip der

244 Einwilligung laufen dabei ins Leere. Dies gilt ganz besonders für neue technische Entwicklun-
245 gen wie das „Internet der Dinge“. Was smarte TV-Geräte, Fitnessarmbänder, intelligente Haus-
246 geräte oder auch vernetzte Autos an Daten übertragen, entzieht sich häufig komplett der Ein-
247 sicht bzw. Einflussnahme ihrer Nutzerinnen und Nutzer. Sie haben im Zweifelsfall meist nur
248 die Wahl, einen entsprechenden Dienst gar nicht zu nutzen oder sich damit abzufinden, mit der
249 Zustimmung zu den entsprechenden AGBs die Hoheit über ihre Daten komplett aufzugeben.

250 Gerade bei Gesundheits- und Telemetriedaten kann sich der vorgebliche Nutzen allerdings
251 schnell ins Gegenteil wandeln, wenn z.B. der vergünstigte personalisierte Gesundheitstarif
252 dazu führt, dass die Krankenkasse eine Komplettübersicht über eine mehr oder weniger ge-
253 gesunde Lebensweise und die Biodaten des Patienten erhält oder intelligente Fahrzeuge kom-
254 plette Bewegungsprofile, Informationen über das Fahrverhalten bis hin zu Audio-Aufzeichnun-
255 gen an die Automobilhersteller übertragen.

256 Wir Grüne sind der Überzeugung: Alle Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, zu
257 wissen, wer was wann und wo über sie speichert. Nur sie selbst – kein Arbeitgeber, kein Inter-
258 netanbieter, keine Krankenkasse, kein Autohersteller und auch nicht der Staat – dürfen be-
259 stimmen, wer Zugriff auf ihre Daten hat, in welchem Umfang sie diese preisgeben möchten
260 und was damit geschehen soll. Gleichzeitig fordern wir, dass es für bestimmte Dienste offene
261 Branchen-Standards geben muss, damit beim Kauf eines bestimmten Produkts Nutzerinnen
262 und Nutzer z.B. bei Reparaturen oder Werkstattdiensten nicht automatisch auf die Hersteller
263 angewiesen sind.

Forderungen:

- **Besserer Schutz der eigenen Daten beim Handel im Internet und bei individualisier-
ten, datenbasierten Diensten**
- **klare Grenzen bei unübersichtlichen und ständig variierenden Preisen**
- **Maßnahmen gegen täuschende Vergleichsportale und gegen vermeintlich objektive
Siegel und Zertifikate**
- **Geo-Scoring bei der Bonitätsprüfung verbieten**
- **Personalisierte Gesundheitstarife eng überwachen**
- **Bei der Übertragung von Telemetriedaten eine Opt-in Lösung vorsehen und offen
Branchenplattformen vorgeben, so dass z.B. auch unabhängige Anbieter
entsprechende Dienste anbieten können**
- **Aufklärung intensivieren und Datenschutzverstöße wirksam ahnden**
- **Verbraucherzentralen stärken**
- **Die bayerischen Datenschutzbehörden finanziell und personell stärken und zu
Servicestellen für Bürgerinnen und Bürgern ausbauen**

264 **Verbraucherschutz – auch im Glücksspielwesen**

265 Gaming-Apps, Online-Wettbüros, Online-Spiele, virtuelle Casinos und elektronische Lotterien
266 stellen den Verbraucherschutz vor neue Herausforderungen.

267 Der Staat muss in diesen sensiblen und risikobehafteten Bereichen einen verlässlichen Ord-
268 nungsrahmen setzen. Die Glücksspielregulierung hat die Aufgabe, der vorhandenen Nachfrage
269 nach Glücksspielen ein legales, faires und kontrolliertes Angebot gegenüberzustellen. Im
270 Glücksspielstaatsvertrag heißt das „Kanalisation des Spieltriebs“. Das gilt grundsätzlich für
271 alle Glücksspiele, es sein denn sie sind sittenwidrig oder stehen in Konflikt mit anderen Geset-
272 zen. Glücksspielregulierung ist ein Prozess, der regelmäßig an neue Entwicklungen angepasst
273 werden muss: an neue Spielformen, an neue Technologien, auch an die demografische Ent-
274 wicklung.

275 Insbesondere verletzbare Verbraucher*innen, wie Jugendliche oder Suchtkranke, muss die Ver-
276 braucherpolitik besonders im Blick behalten. Um die Spieler*innen vor illegalen Glücksspielan-
277 bietern zu schützen und die Spielsucht zu bekämpfen, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Forderungen:

- **Private Glücksspielanbieter nur mit staatlicher Lizenzierung**
- **Staatliche Kontrollen**
- **Transparenz: Anbieter und staatliche Zuständigkeiten müssen bekannt sein**
- **Faire Spiele: Ausschluss von Manipulationen**
- **Werbebeschränkung und keine irreführende Werbung**
- **Bundesweite Sperrdatei für Spielerinnen und Spieler**
- **Verlustgrenzen**
- **Jugendschutz: Glücksspiel erst ab 18.**

278 **Verbraucherverbände stärken**

279 Verbraucherverbände sind wichtige Akteure und Partner der Bayerischen Verbraucherpolitik.
280 Die Anforderungen für Verbraucher*innen sind immer komplexer und unüberschaubarer ge-
281 worden. Selbst gut informierte Kundinnen und Kunden haben mittlerweile Schwierigkeiten,
282 die Fülle von Informationen zu filtern. Zudem fehlt den meisten Menschen schlichtweg die
283 Zeit, um den Informationsdschungel zu durchforsten. Einen grundlegenden Pfeiler für eine um-
284 fassende, unabhängige und objektive Verbraucherinformation stellen somit in erster Linie die
285 Beratungsstellen der Verbraucherverbände in Bayern dar. Sie informieren zudem Verbrauche-
286 rinnen und Verbraucher über die Rahmenbedingungen und ihre Rechte.

287 Die Verbraucherverbände brauchen eine auskömmliche Finanzierung für ihre laufende Arbeit
288 und um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Um ihnen Planungssicherheit zu
289 verschaffen sowie zur Stärkung des Verbraucherschutzes setzen wir uns auf Landes- wie auf
290 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten ein.

Forderungen:

- **Eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern**
- **Strafzahlungen aus Kartellverstößen sollen auch den Verbraucherverbänden zugutekommen**
- **Aufstockung der finanziellen Zuschüsse für Verbraucherberatung**
- **Zusammenarbeit ausweiten**
- **Zahl der Beratungsstellen ausbauen und erhalten**

291 **Verbraucherbildung - Kompetenz stärken**

292 Unser Ziel ist es, dass durch die Umsetzung der Verbraucherpolitik alle Bürger*innen Bayerns
293 eine höhere Lebensqualität erfahren können, etwa indem sie unabhängig von der Größe ihres
294 Geldbeutels gesündere, ressourcenschonendere und sparsamere Kaufentscheidungen treffen
295 können, die zu einer gesünderen Lebensweise und zu einem höheren Wohlbefinden beitragen
296 können.

297 Um das Gefälle in der Verbraucherbildung zu reduzieren und allen Personen die Möglichkeit
298 zur selbstbestimmten Marktteilnahme zu ermöglichen, müssen Hürden bei der Informationsbe-
299 schaffung abgebaut werden. Die Erfahrung von Verbraucherverbänden und Beratungsstellen
300 zeigt, dass es bei der Beschaffung verbraucherrelevanter Informationen keine Chancengleich-
301 heit gibt. Obwohl das Problem bereits erkannt ist, ist z.B. die Verbraucherzentrale zu wenig
302 sicht- und greifbar für die Personen, die deren Beratung am nötigsten brauchen. Deshalb muss
303 die Verbraucherberatung eine stärker aufsuchende Arbeit leisten. Professionelle Verbraucher-
304 beratung muss zukünftig verstärkt in Kitas, Schulen, Gemeindehäuser, Stadtteile, Volkshoch-
305 schulen, Seniorenheime und Betriebe gehen.

306 **Verbraucherbildung in Lehrpläne integrieren**

307 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten. Eine Vo-
308 raussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrer*innenausbildung in diesem Fach.

309 Den Schulen kommt bei der Verbraucherbildung eine wichtige Rolle zu, denn dort werden alle
310 Kinder und Jugendlichen erreicht und können präventiv für ein souveränes Verhalten in den
311 verschiedenen Verbraucherbereichen geschult werden.

312 Der Bereich Verbraucherbildung muss als fächerübergreifendes Thema in den bayerischen Bil-
313 dungsstandards verankert werden. Bayern soll sich dabei an der „Richtlinie Verbraucherbildung
314 an allgemeinbildenden Schulen“ von Rheinland-Pfalz orientieren. Dort hat die Landesregie-
315 rung die Verbraucherbildung als inter- und multidisziplinären Bereich so im Unterricht veran-
316 kert, dass Lernende befähigt werden, auf die Herausforderungen der gesellschaftlichen und
317 wirtschaftlichen Veränderungen angemessen und kompetent reagieren und handeln zu kön-
318 nen. Die Inhalte, die in verschiedenen Unterrichtsfächern angesprochen werden sollen, umfas-
319 sen alle wichtigen Bereiche des Lebens, wie Ernährung, Finanzen, Vertragsbildung, Gesundheit,
320 Wohnen, Freizeit, Sport, Mobilität und Mediennutzung.

Forderungen:

- **Verbraucherbildung vor Ort.**
- **Verbraucherbildung in die Lehrpläne integrieren.**

321 **Verbraucherinformationsgesetz verbessern – Bundesratsinitiative starten**

322 Das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) wurde im Mai 2008 auf Bundesebene eingeführt. Es
323 räumt Verbraucher*innen das Recht ein, sich z.B. bei Behörden gezielt, schnell und unkompli-
324 ziert über Produkte, deren Inhaltsstoffe und Wirkungsweisen zu informieren. Auch der Zugang
325 zu Herstellernamen und Produkten mit Beanstandungen soll ermöglicht werden.

326 Das Gesetz hat sich jedoch als unzureichend herausgestellt, weil Behörden nur einen Teil der
327 vorhandenen Informationen weitergeben dürfen, um u.a. angebliche Betriebsgeheimnisse von
328 Firmen zu schützen. Die Namen von Herstellern, Betrieben und Produkten werden nur sehr sel-
329 ten genannt. Außerdem sind die Daten, die im Internet von Behörden zur Verfügung gestellt
330 werden, oft nicht ausreichend auf die Anliegen von Verbraucher*innen zugeschnitten. Aus-
331 künfte dauern in der Regel sehr lange, weswegen sie für konkret anstehende Kaufentscheidun-
332 gen nicht hilfreich sind.

333 In Bayern haben bisher sehr wenige Bürger*innen die Informationsmöglichkeit durch das VIG
334 in Anspruch genommen. Das liegt daran, dass kaum bekannt ist, an welche Stellen man sich
335 wenden kann, um Informationen über ein Produkt zu erhalten. Zudem werden den Bürgerinnen
336 und Bürgern für die Informationsbeschaffung Kosten in Rechnung gestellt, die sich bis zu meh-
337 reren hundert Euro summieren können.

338 Wir wollen uns für eine umfassende Novellierung des VIG einsetzen.

Forderungen:

Verpflichtung der Unternehmen zu Auskünften

Streichung von beschränkenden Ausnahmen vom Auskunftsanspruch im Rahmen der Datenschutzgesetze

Neuregelung der Gebühren, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher unbürokratisch und ohne abschreckende Kosten Auskünfte erhalten

Ausweitung des Gesetzes auf Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen

339 Ziel grüner Verbraucherpolitik sind gut informierte und selbstbestimmte Verbraucherinnen und
340 Verbraucher. Verbraucheraufklärung und Transparenz sollen die Entscheidungskompetenz des
341 Einzelnen stärken und die Selbstbestimmung fördern. Sie können ihre Rechte wahrnehmen
342 und bekommen ausreichende Kompetenzen an die Hand für die täglich zu treffenden Konsu-
343 mentscheidungen.

344 Wir GRÜNE setzen uns ein für eine umfassende, verantwortungsvolle und unabhängige Infor-
345 mation der Verbraucher*innen, die Vorrang hat vor etwaigen wirtschaftlichen Interessen. Der
346 Mensch steht in der Verbraucherschutzpolitik für uns GRÜNE an erster Stelle.